

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Briefporto 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Besetzung der Rheinstädte.

Düsseldorf, 8. März. In den frühen Morgenstunden sind französische Truppen von der Grenze des besetzten englischen Gebiets in die äußeren Stadtteile mit Panzerautomobilen und Kavallerie eingerückt, während einige Pfleger die Stadt überflogen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Essen, 8. März. Ruhrort ist heute nacht besetzt worden. Die Außenviertel von Duisburg wurden heute früh durch belgische Truppen besetzt. Die Jäger werden in Duisburg angehalten und dürfen nicht ins besetzte Gebiet weiterfahren.

Paris, 8. März. Wie Petit Parisien mitteilt, wird die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg von zehn Bataillonen ausgeführt. Im Kriegsministerium wird erklärt, daß die Besetzung von belgischen, englischen und französischen Truppen ausgeführt werde.

## Die preußischen Rechtssozialisten zur Regierungsfrage.

Gegen Einbeziehung der Sinnespartei.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vormärtsbericht über die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags. Die Wahl des Fraktionsvorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Siering, als 2. Vorsitzenden Pimberg-Essen. Auf Antrag Heilmanns und mit Rücksicht auf die noch ungeklärte Frage der Regierungsbeteiligung wurde beschlossen, die Wahl zunächst als provisorische für die nächsten vier Wochen gelten zu lassen. Der Standpunkt der Fraktion zur Regierungsfrage wurde in einer einstimmigen Erklärung festgelegt: „Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages ist bereit, die alle Regierungskoalition fortzusetzen, so lehnt einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen, sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen scharfen Schärfe bekämpfen.“

## Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten.

M.A. meldet: Ministerpräsident Dato wurde gestern nachmittag, als er von der Kammer im Automobil heimfuhr, von drei unbekannten Männern durch Revolverschläge getötet.

Meldungen aus Madrid belagen: Ministerpräsident Dato kehrte im Kraftwagen vom Senat nach seiner Wohnung zurück. Drei Unbekannte, vermutlich Gewerkschaftler, die ihm auf Motorrädern gefolgt waren, hielten seinen Kraftwagen in der Nähe der Carranostraße an und gaben auf den Ministerpräsidenten 27 Revolverschläge ab. Der Chauffeur des Ministerpräsidenten fuhr mit größter Schnelligkeit nach der nächsten Infirmerie, wo die Verwundeten nur den Tod des Ministerpräsidenten feststellen konnten. Er hatte zahlreiche Wunden erhalten, darunter drei tödliche. Eine Kugel war ihm zwischen die Rippen gedrungen, eine andre in den Nacken. Die Angreifer hatten die Kugeln an der Spitze abgefeuert, um sie in Dum-Dum-Gewehre umzuwandeln. Mehrere Minister begaben sich schleunigst nach der Anstalt. Der Minister des Innern ließ den König benachrichtigen. Die Angreifer sind entkommen, es fehlt jede Spur von ihnen.

Anscheinend ist das Attentat ein Verweissungsakt der unter dem weißen Terror leidenden spanischen Arbeiter. Seit Monaten wütet in Spanien die schwärzeste Reaktion mit den brutalsten Gewaltmitteln gegen die Arbeiterschaft, besonders gegen die Gewerkschaften. Die Organisationen und Zeitungen der Arbeiter wurden rücksichtslos niedergedrückt, die Führer und Mitglieder der Gewerkschaften in Massen verhaftet, mißhandelt, deportiert oder gar getötet. Der reaktionäre Ministerpräsident, der die Verantwortung für das Schreckenregiment in Spanien trägt, fällt als Haupt dieses schandwürdigen Systems.

## Ein neuer Sieg der Arbeiterpartei in England

Dem Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei in Dublin ist am Sonntag ein weiterer im Wahlkreis Kircaldy gefolgt. Dort regte der Kandidat der Arbeiterpartei mit 11674 Stimmen über den Koalitionsliberalen Lockhart, der 10199 Stimmen erhielt.

Tom Kennedy ist Sozialist. Er gehört der alten Sozialdemokratischen Föderation an und wird, wie der Daily Herald sagt, mit Will Thorne, Jack Jones, Dan Irving und anderen eine sehr wichtige Gruppe in der Arbeiterfraktion des Unterhauses bilden. Für die Regierungskoalition und der Stellung Lloyd Georges bedeutet diese Wahl einen neuen Schlag.

## Neue blutige Zusammenstöße in Italien.

M. Mailand, 8. März. In der Umgegend von Florenz kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen den Nationalisten und Sozialisten, bei denen es 5 Tote und 15 Verwundete gab. Die Verhaftungen in Florenz und anderen Bezirken dauern fort. Das Journal d'Italia will wissen, daß in Italien 500 Agenten Lenins weilen. Es fordert die strengste Kontrolle für die Fremden.

## Nach dem Bruch.

### An die Arbeit!

Der Entente-Imperialismus geht mit der Zwangsausfertigung des Stieres, dem das Auge blutunterlaufen ist, seinen verhängnisvollen Weg der Gewalt weiter. Der Friedensvertrag von Versailles ist augenblicklich ein zehes Papier, das jeder Windhauch zerwehen kann. Die schmale Basis, auf der sich der Wiederaufbau Europas nach dem Willen der Sieger vollziehen sollte, ist aufs schwerste erschüttert. Der Friedenszustand, der freilich seinen Namen nur in sehr beschränkter Weise verdient, der aber doch immerhin so etwas wie eine rechtliche Bindung der Gewaltvollstreckung darstellte, ist wieder dem Kriegszustand gewichen, der nun deshalb nicht mit allen Grenzfällen der Jahre 1914—18 wieder einsetzt, weil die eine Seite, weil Deutschland entwaffnet und ohnmächtig am Boden liegt.

Nur den Völkern Europas, vor allen Dingen vor den Proletariaten der Kulturländer steht düster und drohend die Frage: Was soll nun werden? Für die Proletarier genügt es nicht, mit dem Nationalisten ingenuum Schmunzeln zu konstatieren, daß der Friedensvertrag gebrochen ist, daß die Bindungen von Versailles nach der einen wie der andern Seite hin aufgehoben sind. Wir deutschen Sozialisten können nur eine sehr frohliche Genugtuung empfinden über eine solche Revision des Friedensvertrags. Was wir als Revision uns vorstellen, was wir unter diesem Worte dringend fordern, das ist etwas wesentlich anderes. Das bedeutet nicht die Entfesselung des Militarismus und Imperialismus der Entente und des Nationalismus in Deutschland, sondern vielmehr die Befreiung dieser zerstörenden, die Völker verderbenden Mächte. Der Nationalismus glaubt jetzt in Deutschland: seine Zeit gekommen. In der Erregung wilderster Leidenschaft gegen die Entente steht er seine Aufgabe. Sie soll ihn im Innern wie im Außen zum Ziele führen. Im Innern denkt er durch die Ablenkung des Volkswillens auf den äußeren Feind die Stimmung zu schaffen, die ihm erlaubt, die letzten Spuren der Revolution von 1918 zu verwischen, das Volk wieder ins alte Joch des Obrigkeitsstaates zu beugen, die Herrschaft des Kapitalismus für immer wieder zu festigen und jeden Weg zur Sozialisierung, zur sozialistischen Gesellschaft zu verperzen. Nach außen hin träumt er von einem Wunder, von einer neuen Weltkonstellation, die Deutschland erlauben würde, die Fesseln der Entente abzustreifen — im Hintergrund steht immer noch der Gedanke eines glorreichen Revolutionskriegs. Diese ewigen Ra-Banque-Spieler auf Kosten des deutschen Volkes, insbesondere auf Kosten des deutschen Proletariats, möchten jetzt den Abbruch aller Verhandlungen mit der Entente dekretieren, um aller Verpflichtungen, die uns der Vertrag von Versailles auferlegt, juristisch ledig zu sein. Sie bedauern, daß die sofortige Anwendung der Sanktionen gegen den Verfallener Vertrag verstoße, daß er also von der Entente gebrochen sei und daß Deutschland daher an seine Bestimmungen nicht mehr gebunden sei. Die Kronjuristen der Entente beweisen natürlich mit derselben Gründlichkeit, daß Deutschland durch verübene Nichterfüllungen seiner Vertragsverpflichtungen der Entente das Recht zur sofortigen Gewaltanwendung gegeben habe und daß also der Vertrag zu Versailles in allen seinen vielen Paragraphen weiter zu Recht bestünde.

Auf diese juristischen Beweise und Gegenbeweise kommt es indes nicht an. Weit wichtiger ist die Tatsache, daß die Entente die Macht hat, die Beobachtung des Verfallener Vertrags bezwecken, was sie darunter versteht, von Deutschland zu erzwingen. Würde sich die Regierung auf den Standpunkt der Nationalisten stellen, so hieße das, immer neue Gewaltmaßnahmen, immer neue Zwangsmassnahmen der Entente herausfordern, hieße das, die Befehle durch die feindlichen Truppen auf allmählich immer größere Teile Deutschlands ausdehnen und die wirtschaftliche Last Deutschlands ständig vermehren. Das wissen unsere Nationalisten auch ganz gut, aber sie spekulieren gerade auf die nationalstolische verheerende Wirkung und meinen im übrigen, daß die Entente schließlich dieses Verfahrens müde werden dürfte, das Deutschland immer mehr ruiniere und also die Herauspressung der geforderten Tribute immer unmöglicher mache. Das mag stimmen, aber Deutschland müßte diese schließliche Erkenntnis der Entente mit einem fürchtbaren Leidensweg, mit immer tieferem Abstieg in den Abgrund wirtschaftlicher Zerstörung bezahlen, und der Hauptleidtragende würde wie immer das Proletariat sein, während die Kapitalisten auch in solcher Zeit ihre Lebenshaltung schon zu behaupten verstehen würden.

Deutschlands Proletariat kann sich also nicht auf den bequemeren Standpunkt stellen: Warum laßt mich Vater keine Handhabe; geschieht ihm ganz recht, wenn mir die Finger erfrühen! Sondern die deutsche Arbeiterklasse muß fordern, daß kein Weg verkümmert wird, der sich in der nächsten Zeit bieten sollte um die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, um an die Stelle der blinden, zerstörenden Gewalt die vernünftige Verständigung zu setzen und die drückende Wiedergutmachungs-

frage im positiven Sinne zu lösen. Was das Proletariat in dieser Hinsicht an Vorarbeit tun kann, das wird es mit erstem Bemühen, mit höchstem Eifer tun müssen. Die internationale Arbeitsgemeinschaft, die in Wien ins Leben trat und die das Ansehen von London kommen sah, hat den ersten Schritt zu einer Aktion auf diesem Gebiet bereits getan. Die Demonstrationen, zu denen sie in allen Ländern, in denen ihre angeschlossene Parteien sind, am 18. März und am 1. Mai aufrufen wird, die Dreiländerkonferenz zwischen den revolutionären Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, die im Zeichen dieser internationalen Arbeitsgemeinschaft demnächst zusammenzutreten soll, sie werden Wegebahner sein zur Wiedergutmachung des Unheils, das die Londoner Konferenz angerichtet hat, sie werden das revolutionäre Proletariat an der Arbeit setzen, eigene Wege zu finden, wo der Kapitalismus ebenso verlagert wie der nationalstolische verheerende Reformismus der sogenannten 2. und die Revolutionsromantik der sogenannten 3. Internationale.

Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht in dieser Arbeit der internationalen Arbeitsgemeinschaft die beste Rechtfertigung der Politik erblicken, die sie seit den Tagen, da die Frage der Unterzeichnung des Verfallener Vertrags drohend vor Deutschland stand, verfolgt hat, unbeeinträchtigt durch alle zeitweiligen Nachteile, unerschütterlich durch alle giftigen nationalstolischen Einwürfe. Heute angeht dieses Gesicht wieder keifend auf und raunt dem Bürger ins Ohr, daß alles anders, daß alles besser gekommen wäre, wenn Deutschland den Vertrag von Versailles im Juni 1919 nicht unterschrieben hätte, daß die Unabhängige Sozialdemokratie an all dem Unheil von heute Schuld trage, daß es nun doch zu dem gekommen sei, was durch die damalige Unterzeichnung vermieden werden sollte, zu den neuen Gewalttaten der Entente. Dieses Geräusch ist so verlogen, wie alles andre, das gegen die Haltung unserer Partei in jenen Junitagen vorgebracht wurde. Gerade das jetzige Vorgehen der Entente ist eine glänzende Rechtfertigung der Agitation, durch die unsere Partei damals die Nationalversammlung und die öffentliche Meinung zur Unterzeichnung bestimmt hat. Wir brauchen nur zu vergleichen, was die Entente jetzt tut und was sie damals getan haben würde, wenn die Unterzeichnung verweigert worden wäre, um mit Händen zu greifen, wie wertvoll die Reitspanne für Deutschland gewesen ist, die es durch jene Unterzeichnung in Versailles gewonnen hat. Damals hätten die Sieger nicht nur die deutschen Kriegsgefangenen hinter dem Stacheldraht ihrer Lager zurückgehalten, sie hätten auch, ohne mit der Wimper zu zucken, die drohende Hungerblockade weiter bestehen lassen, die damals ein völlig ausgemergeltes, halbverhungertes Volk traf. Damals wäre die Befreiung größerer Teile Deutschlands gefolgt und die staatlichen Verhältnisse unseres Landes waren in jenen Tagen noch so wenig gefestigt, daß der Zerfall der deutschen Einheit bedroht hätte. Heute waren die Sieger die Blockade nicht mehr zu erneuern, sie fürchten das Gewissen der Welt, das inzwischen die entsetzlichen Wirkungen dieser Maßregel erfahren hat. Und wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, die sie über uns verhängen, auch noch schwere Entbehrungen über uns bringen mögen, sie werden das Maß jener, die uns die Blockade gebracht hätte, doch nicht ganz erreichen und sie werden immerhin ein nicht mehr so vollständig verhungertes Volk treffen, wie damals. Man muß schon beide Augen vor der Wirklichkeit verschließen, wenn man nicht sehen will, daß der geschichtliche Verlauf die Taktik, die die Unabhängige Sozialdemokratie in schwerster Schicksalsstunde des deutschen Volkes eingeschlagen hat, sich als die richtige erwiesen hat. Und aus dieser Erkenntnis heraus schöpfen wir den Mut, auch in dieser neuen schweren Situation Wadfinder zu sein, nicht nachzulassen in der Arbeit, nicht nachzulassen im Kampfe wider die zerstörenden Mächte des Entente-Imperialismus einerseits, des deutschen Nationalismus auf der andern Seite. Der Wiederaufbau Europas wird im Zeichen der revolutionären Internationale stehen oder er wird nicht sein!

## Vorbereitung für die Durchführung der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen.

Paris, 8. März. (L.) Die französische Regierung hat gestern abend noch dem Präsidenten der alliierten Kommission im Rheinlande, Tirard, telegraphisch Anweisungen geschickt, um die wirtschaftlichen Sanktionen Beschlagnahme der Zölle an der deutschen Westgrenze und Errichtung einer Zollgrenze am Rhein, vorzubereiten.

Koblenz, 8. März. Die interalliierte Rheinlandkommission hat zwei neue Verordnungen 76 und 77 erlassen, die sofort in Kraft treten. Nach Verordnung 76 tritt die Telephon- und Telegraphenzensur durch die Besatzungsbehörden während eines Zeitraums von acht Tagen, der immer wieder um dieselbe Zeit verlängert werden kann, in Kraft; ebenso werden die Nachrichten, die sich auf Bewegungen der Truppen beziehen, unter diese Zensur gestellt. Die Verordnung 77 bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle beschlagnahmt werden. Weitere Weisungen hat sich die interalliierte Rheinlandkommission